

Offener Brief - 11. Mai 2021



c/o ICAN Deutschland
Körtestr. 10
10967 Berlin

**Sehr geehrte Mitglieder der FDP,
sehr geehrte Mitglieder des Präsidiums,
sehr geehrte Mitglieder des Bundesvorstandes,
sehr geehrte Mitglieder des Fraktionsvorstandes,**

die FDP schreibt gerade am Entwurf ihres Wahlprogramms, was wir mit großem Interesse verfolgen. Für uns wird leider deutlich, dass die Partei zum Thema Atomwaffen einen neuen Weg beschreitet: entgegen den früheren Bemühungen von Guido Westerwelle und Hans-Dietrich Genscher für ein atomwaffenfreies Deutschland nehmen wir die Haltung hin zu einer „starken“ Allianz wahr, die weiterhin an Atomwaffen festhält.

Wir können dies nicht unkommentiert hinnehmen. Wir wollen als Wähler*innen und Mitglieder einer bunten Zivilgesellschaft unsere Argumente auch der FDP nicht vorenthalten.

Ihre Neuorientierung hin zum Verbleib der US-Atomwaffen in Deutschland wird von führenden FDP-Politiker*innen mit dem Argument gerechtfertigt, dass die nukleare Teilhabe den Einfluss Deutschlands auf die nukleare Strategie der NATO sichert. Die Freien Demokrat*innen bekennen sich uneingeschränkt zur NATO als erfolgreiche Allianz. Sie sehen sie als sicherheitspolitischen Anker.

Allerdings können wir entgegenhalten: Ein Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland würde die Mitgliedschaft im Bündnis gar nicht tangieren. Andere NATO-Mitglieder haben diesen Weg beschritten und sind trotzdem vollberechtigte Mitglieder: z.B. Kanada und Griechenland, die beide aus der technischen nuklearen Teilhabe ausgestiegen sind. Alle NATO-Mitglieder, mit der Ausnahme von Frankreich, sind in der nuklearen Planungsgruppe vertreten und mitspracheberechtigt.

Es gibt keinen Grund zur Annahme, dass die Stationierung von US-Atomwaffen in Deutschland irgendwelche Sonderpositionen oder -rechte für die Bundesrepublik mit sich bringt.

Auch möchten wir auf die 56 ehemaligen Spitzenpolitiker*innen aus 20 NATO-Staaten sowie Japan und Südkorea aufmerksam machen, welche in einem Offenen Brief am 21. September 2020 forderten: „Wir müssen uns dem Verbot von Atomwaffen zuwenden und daran arbeiten, andere dafür zu gewinnen. Es gibt keine Heilung für einen Atomkrieg. Prävention ist unsere einzige Chance“. Auch zwei ehemalige NATO- Generalsekretäre unterzeichneten diesen Brief. Dies zeigt die Unterstützung eines Atomwaffenverbots auch von ehemaligen Regierungschef*innen sowie Verteidigungs- und Außenminister*innen dieser Staaten.

Auf der FDP-Beteiligungsplattform und im Wahlprogrammewurf ist zur Krise der Rüstungskontrolle und zur atomaren Abrüstung die Rede vom „Impulsgeber“: Instrumente zur Abrüstung und Rüstungskontrolle sollen erneuert und neu gedacht werden. Sie wollen dies erreichen, indem die Atommächte USA, Russland und China an den Verhandlungstisch kommen. Das sind große Ziele, die wir auch unterstützen, unser Anliegen ist es jedoch in erster Linie, den Druck auf die Atommächte zu erhöhen.

Ohne den Druck der atomwaffenfreien Staaten wird die momentan laufende Modernisierungswelle der Atommächte zu einem ausgeprägten Wettrüsten führen und Abrüstungsverhandlungen in weite Ferne rücken. Daher brauchen wir eine rote Linie für alle, d.h. keine Aufrüstung, auch nicht für unsere eigenen Bündnispartner.

Demnächst will sich Deutschland jedoch an einer starken qualitativen Aufrüstung beteiligen: Es sollen neue US-Atombomben des Typs B 61-12 stationiert werden. Dafür wird der Fliegerhorst in Büchel / Rheinland-Pfalz als Stützpunkt umgebaut und die Startbahn erneuert. Die Entscheidung über die Beschaffung von 30 F18-Kampfflörern für einen Atomwaffeneinsatz steht an. Wird die FDP diese Aufrüstung mitverantworten, falls sie an einer Regierungskoalition beteiligt sein sollte, oder wird sie glaubwürdig für Abrüstung stehen und hier eine rote Linie ziehen?

FDP-Politiker*innen haben sich mehrmals in Bundestagsdebatten gegen den Atomwaffenverbotsvertrag ausgesprochen. Dieser Vertrag ist jedoch ein Instrument zur Stigmatisierung von Atomwaffen. Wenn sich die Freien Demokrat*innen tatsächlich zum langfristigen Ziel einer atomwaffenfreien Welt bekennen, dann werden auch sie ein solches Instrument künftig brauchen. Die Voraussetzung dafür haben 122 Staaten bei der Verabschiedung des UN-Vertrags am 7. Juli 2017 geschaffen. Deutschland kann als ersten Schritt den Vertrag als Impuls für eine atomwaffenfreie Welt anerkennen und an der ersten Konferenz der Vertragsstaaten im Januar 2022 in Wien als Beobachter teilnehmen. Dort wird es möglich sein, sich ein Bild von der Diskussion unter den Befürworterstaaten des Vertrags zu machen. **Denn der UN-Vertrag ist gültiger Bestandteil des Völkerrechts - damit muss jede künftige Bundesregierung umgehen.**

Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages bestätigte zudem, dass der Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) schon bestehende Abrüstungsverträge wie den Nichtverbreitungsvertrag (NVV) von 1970 nicht schwächt. In einer Ausarbeitung vom 19. Januar 2021 heißt es: „Der AVV unterminiert den NVV nicht, sondern ist Bestandteil einer gemeinsamen nuklearen Abrüstungsarchitektur. Der AVV ist daher auch kein Hemmnis für die nukleare Abrüstung, hätten die NVV-Staaten nur den politischen Willen dazu.“

Gehen Sie als Bundespartei den Weg mit, den die Landesregierung in Rheinland-Pfalz mit den Stimmen der FDP im August 2019 beschritt, als sie die Bundesregierung in einem Beschluss aufforderte, dem Verbotsvertrag beizutreten. Sprechen Sie sich eindeutig und öffentlich für einen Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag aus!

Wir freuen uns auf Ihre Antworten!

Mit freundlichen Grüßen

Unterzeichnende

Roland Blach (*Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“, Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)*)

Simon Bödecker (*Ohne Rüstung Leben*)

Florian Eblenkamp (*International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN), Deutschland*)

Xanthe Hall (*Deutsche Sektion der Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) e.V.*)

Dr. Elke Koller (*Initiativkreis gegen Atomwaffen*)

Marion Küpker (*Deutscher Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes, Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)*)

Victoria Scheyer und Marieke Fröhlich (*Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, WILPF*)